

Zehn Thesen der SP Fraktion zur Sicherheitspolitik der Schweiz



Sicherheit allein schafft keine Lebensqualität und Freiheit. Es gibt aber keine Lebensqualität und Freiheit ohne Sicherheit. Ein gutes Leben ist ohne Sicherheit nicht möglich. Deshalb setzt sich die SP für Sicherheit ein – in der Schweiz und weltweit, was sich gegenseitig bedingt.

Die öffentliche Sicherheit in der Schweiz verbessert sich seit Jahrzehnten. War – um ein Beispiel zu nennen – in den Jahren 2007/08 die Jugendgewalt in aller Leute Mund, so hat sich seit dem Höhepunkt im Jahre 2010 die Anzahl Jugendstrafurteile mehr als halbiert. Grundlage dieses Erfolges bildete ein intelligenter Mix von Repression und Prävention, wie ihn der SP Parteitag 2008 in Aarau in einem ausführlichen Konzeptpapier gefordert hat.

Es ist weniger die öffentliche Sicherheit als die internationale Entwicklung, die Anlass zu grosser Sorge gibt. Der Krieg rückt an die Ränder Europas heran, der Terrorismus überschreitet diese. Noch nie seit 1945 haben Regionalkonflikte und Perspektivlosigkeit so viele Menschen in die Flucht getrieben wie heute. Die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft nimmt angesichts grosser Cyber-Risiken und Abhängigkeit von kritischen Infrastrukturen zu. Die Rückkehr aggressiver Nationalismen, vermehrte internationale Spannungen und die Aushöhlung von Rüstungskontrollabkommen gefährden die auf Völkerrecht und Multilateralismus aufgebaute Weltordnung.

Die SP Fraktion in der Bundesversammlung fordert deshalb, dass die Schweiz endlich zu einer Sicherheitspolitik übergeht, die sich an den realen Herausforderungen orientiert:

1

Sicherheitspolitik ist mehr als Militärpolitik

Die Gefahren von heute und morgen lassen sich nicht mit Panzern, Artillerie und Minenwerfern an der Landesgrenze abhalten. Wir brauchen ein umfassendes Verständnis von Sicherheit, das moderne Sicherheitsrisiken wie die zivilisatorisch-technische Verletzlichkeit moderner Gesellschaften, die Handlungsfähigkeit des multilateralen Systems und die Zukunftsfähigkeit des globalisierten Produktions- und Konsummodells mit einschliesst. Sicherheitspolitik umfasst fünf Elemente: Aussenpolitik, Friedensförderung, Entwicklung, Cybersicherheit und Verteidigung.

2

Förderung einer globalen, auf Regeln beruhenden Ordnung

Der Aussenpolitik der Schweiz kommt in der Sicherheitspolitik eine Schlüsselrolle zu. Die Schweiz ist kein Kleinstaat, sondern verfügt über bedeutenden Einfluss. Als Wirtschaftsmacht und Geldgeberin der UNO gehört die Schweiz weltweit zu den Top-20, als Finanz- und Rohstoffhandelsplatz gar zu den Top-5. Auch das internationale Genf reiht sich in die obersten Ränge ein, wo Weltpolitik gemacht wird. Unsere Sicherheit hängt davon ab, ob die Schweiz sich die daraus bietenden Möglichkeiten für eine aktive Aussenpolitik nutzt: für eine globale, auf Regeln beruhende Ordnung; für multilaterale Rüstungskontrolle, ein Atomwaffenverbot und europäische und globale Sicherheitszusammenarbeit. Die Kandidatur für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 schafft Gelegenheit, dies einer breiten Öffentlichkeit aufzuzeigen und die Aussen-sicherheitspolitik deutlich zu intensivieren.

3

Die Entwicklungszusammenarbeit auf fragile Kontexte ausrichten und die Politikkohärenz für Entwicklung erhöhen

Traditionelle, technisch ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit (EZA) führt angesichts der Vielfalt von Armutrisiken – einschliesslich Gewalt, Konflikt und fehlende

Rechtsstaatlichkeit – nicht zum Erfolg. Entwicklung und Sicherheit gehören zusammen, um Armut wirksam zu bekämpfen und nachhaltige Strukturen für Frieden und Entwicklung aufzubauen. Dies ist auch eine Kernbotschaft der UNO Agenda 2030 und ihrem Ziel 16. Die Zonen von Gewalt, Konflikt und fehlender Rechtsstaatlichkeit müssen verkleinert und schliesslich beseitigt und Korruption sowie unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse wirksam bekämpft werden. Rohstoffabbau und -handel bilden eine der wichtigsten Ursachen von Korruption, extremer Ungleichverteilung des Reichtums, Gewalt und Migration. Aus diesen Gründen sowie mit Blick auf die Bekämpfung der Ursachen von Extremismus und Terrorismus ist entscheidend, die Politikkohärenz für Entwicklung zu erhöhen. Konfliktvermindernde Interventionsformen der EZA und deren Ausrichtung auf fragile Kontexte sind zu verstärken, die Waffen- ausfuhr in diese Zonen ist zu stoppen. Für Afrika, wo eine demografische Zeitbombe tickt, ist ein massiver Marschallplan zu lancieren.

4

Zivile und militärische Friedensförderung auf allen Ebenen

Seit den zaghaften Anfängen vor 25 Jahren hat sich die schweizerische Friedensförderung zu einem anerkannten und ausbaufähigen Instrument entwickelt, das Gewalt- risiken minimiert, Konflikte eindämmt, zur Konfliktlösung beiträgt und beim Aufbau nachhaltiger inklusiver Ordnungen mitwirkt. Dabei ist die Rolle der Frauen deutlich auszubauen, wie dies die Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit fordert. Neben zivilen Fachleuten braucht es gut ausgebildete Militär- und Polizeikräfte, um Reformen des Sicherheitssektors zu unterstützen, Kombattante zu entwaffnen und in die Gesellschaft zurückzuführen, explosive Kriegsrückstände zu beteiligen, kleine und leichte Waffen zu kontrollieren und zu Friedensmissionen beizutragen. Bedarf besteht auch für psychosoziale Trauma- Arbeit, die Stärkung der Zivilgesellschaft, den Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Wahlbeobachtung. Kurz: Es braucht eine explizite Strategie der Friedensförderung mit gut ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instru- menten, die zur internationalen Sicherheit und damit zur Sicherheit der Schweiz beiträgt.

5

Europäische Sicherheitszusammenarbeit ausbauen und die Verfügbarkeit von Waffen weiter einschränken

Die Sicherheit der Schweiz hängt entscheidend von der Sicherheit in Europa ab. Die Schweiz muss mehr dazu beitragen, die Sicherheit in Europa zu erhalten und zu verteidigen. Die Assoziation der Schweiz an die Partnerschaft für den Frieden, an die Europäische Verteidigungsagentur und an Schengen weisen den Weg: Mehr als bisher muss die Schweiz diese Plattformen nutzen, um Projekte im gemeinsamen Sicherheitsinteresse durchzuführen und eine Rolle im Aufbau einer EU-geführten europäischen Verteidigungspolitik zu finden. Zudem geht es darum, europaweit die Verfügbarkeit von Handfeuerwaffen einzudämmen. Die Schweiz machte damit beste Erfahrungen. Dank der schrittweisen Eindämmung der Verfügbarkeit von Militär- und Sportwaffen in privaten Haushalten konnte in den letzten zwei Jahrzehnten in der Schweiz die Anzahl Schusswaffentote mehr als halbiert werden. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen.

6

Genf zum globalen Zentrum für Cyber-Sicherheit machen und Cyber-Sicherheit unter ziviler Führung massiv stärken

Der Cyber-Sicherheit kommt in all ihren drei Dimensionen höchste Bedeutung zu: Cyber als (Kriegs-)Waffe, Cyber als Instrument von Vandalismus und Kriminalität und das Internet als Raum ohne weltweit gültige Regeln, was missbräuchliche Nutzungen

ermöglicht. In all diesen drei Dimensionen muss die Schweiz aussenpolitische Initiativen ergreifen, um Genf zu einem globalen Zentrum für Cyber-Sicherheit zu machen. Auch im Inland besteht hoher Nachholbedarf beim Aufbau eines Kompetenzzentrums für Cyber-Sicherheit unter ziviler Führung und zur Klärung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Dringend erforderlich sind zudem massive Investitionen in die Ausbildung von Fachleuten für Cyber-Sicherheit.

7

Verteidigung ja, aber nicht von Territorien, sondern der menschlichen Sicherheit

Ein militärischer Angriff auf die Schweiz ist höchst unwahrscheinlich. Denn die Schweiz ist blinder Passagier der Sicherheit, welche EU und NATO in Europa gewährleisten. Das Bild der isolierten Schweiz, die im Alleingang militärisch hochgerüstet alle Gefahren an der Landesgrenze abwehrt, ist als historischer Mythos falsch, dient heute nur für Folklore und schürt mit Blick auf die tatsächlichen Risiken gefährliche Illusionen. Die Armee muss umfassend ab- und umgebaut werden, damit sie auf die tatsächlichen Risiken vorbereitet ist. Priorität kommt stets der Polizei zu, deren Bestände erhöht werden müssen. Die Armee hat die Aufgabe, die Polizei beim Schutz der menschlichen Sicherheit und des staatlichen Gewaltmonopols zu unterstützen, in der Friedensförderung mitzuwirken und im Sinne einer letzten Versicherung zur kooperativen Verteidigung beizutragen.

8

Mehr Effizienz und Effektivität im Militär, um Mittel für wirksamere Investitionen in unsere Sicherheit freizusetzen

Die „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA) hat die aktive Armee von 120 000 auf 140 000 Angehörige vergrössert. Ein Massen-Infanterieheer ist aber ungeeignet, um die skizzierten militärischen Herausforderungen in hybriden Konfliktsituationen zu meistern. Die Armee muss auf höchstens 60 000 Angehörige verkleinert, die Betriebskosten massiv gesenkt und die Investitionen in zukunftsgerichtetes Material gelenkt werden. Statt Folklore und Schule der Nation sind Professionalität, Effizienz und Effektivität gefragt. Die Schweizer Armee muss im aktuellen Aufbau einer europäischen Verteidigungspolitik eine Rolle finden und die militärische Friedensförderung deutlich ausbauen, indem diese zu einem strukturbildenden Element wird. Die Nutzung der FA-18 soll über 2035 hinaus verlängert werden, bevor über das ordentliche Budget ein Ersatzflugzeug beschafft wird. So können die Armeeaussgaben auf 4 Milliarden pro Jahr begrenzt werden. 2014 waren es 4.1 Milliarden. Die im Finanzplan vorgesehenen 5.26 Milliarden per 2021 sind viel zu hoch.

9

Viel mehr Mittel für Aussen-, Friedens- und Entwicklungspolitik sowie dem Cyber-Bereich

Die überbordenden Ausgaben für die Armee gehen nicht zuletzt auf Kosten der Aussen-, Friedens- und Entwicklungspolitik sowie den Cyber-Bereich, die alle weit wirksamer zur Sicherheit der Schweiz beitragen als ein Massenheer. Durch Umverteilung kann so für das gleiche Geld viel mehr Sicherheit produziert werden. Auf mittlere Frist müssen die Ausgaben für die öffentliche EZA von heute rund 3.5 auf mindestens 5 Milliarden erhöht werden, was ungefähr dem aussenpolitisch seit langem versprochenen Anteil der öffentlichen EZA am Bruttonationaleinkommen von 0.7% entsprechen würde. Auch die Mittel für die zivile und militärische Friedensförderung und namentlich für die Cyber-Sicherheit sind massiv zu erhöhen.

10

Ausbau von Zivildienst, Stärkung der Zivilgesellschaft und Verbreiterung der Wissensbasis für Frieden und Sicherheit

Umfassende Sicherheit braucht mehr als militärisches Personal. Der Zivildienst kann und soll in der Schaffung von Frieden und Sicherheit eine wichtige Rolle spielen, etwa in der nachhaltigen Betreuung von Flüchtlingen und in Einsätzen im Ausland. Wo Gewalt und Instabilität verbreitet sind, gibt es keine erfolgreiche Konflikttransformation ohne starken Einbezug der Zivilgesellschaft, was auch eine entsprechende Mobilisierung und Stärkung der schweizerischen Zivilgesellschaft erfordert. Die Wissensbasis für Frieden und Sicherheit muss weiter ausgebaut und vermehrt in die schweizerische Politik und Gesellschaft getragen werden. Die Genfer Zentren, das Haus für den Frieden in Genf, das Zentrum für Sicherheitsstudien an der ETH, Swisspeace und die Friedens- und Konfliktforschung an der Uni Basel müssen deutlich ausgebaut und um ein Beobachtungszentrum ergänzt werden, das die Erreichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UNO Agenda 2030 überprüft.

Von der SP Fraktion verabschiedet am 27. Februar 2018

Grundlage:

[Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit](#). Konzeptpapier der Fachkommission für Frieden und Sicherheit der SP Schweiz

Vorstosspaket zur Umsetzung der zehn Thesen zur Sicherheitspolitik, Frühjahrsession 2018:

[Mehr Sicherheit für den gleichen Preis](#). Motion 18.3244 von Nationalrat Carlo Sommaruga (SP, GE).

[Leitlinien Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern](#). Postulat 18.3365 von Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG).

[Ausbildungszentrum für zivile und militärische Friedensförderung](#). Postulat 18.3302 von Nationalrat Pierre-Alain Fridez (SP, JU).

[Politikkohärenz sicherstellen zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030](#). Interpellation 18.3163 von Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG).

[Zusätzliche Finanzmittel für die Internationale Zusammenarbeit gemäss Botschaft 2017-2020](#). Motion 18.3292 von Nationalrätin Claudia Friedl (SP, SG).

[Sexuelle Gewalt in Konflikten stärker bekämpfen](#). Interpellation 18.3243 von Ständerätin Géraldine Savary (SP, VD).

[Auswirkungen der Steuervorlage 17 auf die internationale Menschenrechtsslage](#). Interpellation 18.3231 von Nationalrat Fabian Molina (SP, ZH).

[Smart Sanctions gegen die Urheber von Kriegsverbrechen in Syrien](#). Postulat 18.3309 von Nationalrat Mathias Reynard (SP, VS).

[Untergrabung der Unabhängigkeit der Justiz in Rumänien](#). Interpellation 18.3212 von Nationalrat Martin Naef (SP, ZH).

[KFOR: eine kohärente Strategie für Südosteuropa](#). Postulat 18.3278 von Nationalrat Manuel Tornare (SP, GE).